

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 14. 44. Jahrgang Erscheint wöchentlich, Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II Fernsprecher: F Z Jannowitz 2120 Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos Berlin, 4. April 1930

Die Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1929.

Das Jahr 1929 stand allgemein im Zeichen abnehmender Konjunktur. Waren es im Frühjahr die Anzeichen des strengen Winters 1928/29, die sich während des weiteren Verlaufes des Jahres ein starkes Abwachen des Warenverkehrs und damit verbunden ein stetiges Anwachsen der Arbeitslosenziffern ein. Von diesem allgemeinen Konjunkturrückgang wurde unser Verband besonders hart betroffen. Seit Anfang Juni des Vorjahres standen wir ununterbrochen mit dem verhältnismäßigen Umfang der Arbeitslosigkeit mit an vorderster Stelle. In dem lauternd schlechten Geschäftsgang liegt zugleich die Erklärung dafür, daß unsere Organisation im vergangenen Jahr mit einer größeren Zunahme der Mitgliederzahl nicht aufwarten konnte.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des

	Männl.	Weibl.	Zuf.
IV. Quartals 1928	25 418	5988	31 406
I. " 1929	25 293	5951	31 244
II. " 1929	25 462	6188	31 650
III. " 1929	25 460	6069	31 529
IV. " 1929	25 431	5980	31 411

In dieser Mitgliederzahl waren Ende des Jahres 1928, 1880 und am Ende des Jahres 1929: 2224 Beiträge enthalten. Trotz der großen Arbeitslosigkeit ist es gelungen, die Mitgliederzahl in der alten Höhe aufrecht zu erhalten. Außerordentlich groß war auch im vergangenen Jahr die Fluktuation unter den Verbandsmitgliedern. Insgesamt 9068 Zusagen, davon 8007 Eintritten, standen 9063 Abgänge gegenüber. Verstorbene sind 136 Mitglieder, ausgeschieden wurden 6518 und 2409 meldeten sich an andere über zu anderen Verbänden oder gingen auf andere Art verloren. Es ist zu wünschen, daß die Einführung der Invalidenunterstützung dazu beitragen, daß für die Zukunft die andauernden starken Schwankungen in der Mitgliederbewegung behoben werden.

Die große Arbeitslosigkeit in unseren Mitgliedschaften ist selbstverständlich an der Beitragsleistung nicht spurlos vorübergegangen. Es wurden im Jahre 1929 1 218 207 Beiträge umgekehrt = 38,8 pro Kopf gegen 1 220 942 = 38,9 pro Kopf im Jahre 1928. Diese Beiträge verteilen sich auf die verschiedenen Beitragsklassen, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Beitragsarten:	Prozente vom Gesamtumsatz im Jahr 1929	Gesamtumsatz im Jahr 1929
Beitragsarten:	75 177	6,2
Beiträge 1. 25 Pf.	35 894	3,0
" 40 "	83 461	6,9
" 60 "	159 481	13,0
" 80 "	166 215	13,6
" 1 100 "	196 495	16,1
" 1 120 "	501 484	41,2

Die schwer die Arbeitslosigkeit unsere Mitgliedschaft im Vorjahr betroffen hat, besttätigt auch der verhältnismäßig geringe Umsatz von Anerkennungsmarkten für erwerbslose Mitglieder, die noch nicht bezugsberechtigt sind oder ausgesteuert waren.

Es wurden im Vorjahr 269 818 Arbeitslosenmarkten verwendet gegenüber 222 692 im Jahre 1928. Der Gesamtumsatz pro Mitgliedsbeitrag betrug im Jahre 1929 47,4 Beitragsmarkten gegen 46 im Jahre 1928.

Neben den ordentlichen Verbandsbeiträgen wurden von den Verwaltungsstellen beträchtliche Sozialzuschüsse erhoben. Diefelben verteilen sich auf die Mitglieder wie folgt:

Es wurden erhoben:

Von Woche 5 Pf. von 4 735 Mitgliedern	
" 10 "	8 713
" 15 "	2 525
" 20 "	6 871
" 25 "	50
" 30 "	5 117
" "	3 400

Die Einnahmen der Hauptkasse verteilen sich auf nachstehende Posten:

Eintrittsgelder	5 595,55	Mt.
Mitgliedsbeiträge	1 078 693,05	"
Invalidenzuschüsse	35 032,05	"
Zinsen	49 409,19	"
Sonstiges	5 436,70	"
Zusammen	1 174 166,54	Mt.

Unter den Ausgaben der Hauptkasse steht die Unterstützung arbeitsloser und kranker Mitglieder des Verbandes an erster Stelle. Wir verhältnismäßig hoch die Leistungen auf diesem Gebiet gewesen sind, veranschaulicht nachstehende Aufstellung: Es wurde ausgegeben für:

	pro Hundert der Gesamtsumme
Reiseunterstützung	1 689
Arbeitslosenunterstützung	314 064
Krankenunterstützung	86 523

An sonstigen Unterstützungen wurden verausgabt:

	pro Hundert der Gesamtsumme
Beerdigungsbeiträge	10 951
Notfallunterstützung	1 100
Rechtschutz	3 343

Verhältnismäßig niedrig stehen die Ausgaben für Lohnbewegungen, Streit- und Gemahregelienunterstützung mit 22 227 Mt. zu Buch. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß im Vorjahr größere anhaltende Streiks nicht stattgefunden haben. Die Ausgaben für die Verbandszeitung, die Jugendzeitung und für die Gewerkschaftliche Frauenzeitung betragen 59 578 Mt. Für Agitation wurden 46 396 Mt., für Verwaltungsstellen der Hauptkasse (sachliche und persönliche) 55 495 Mt. ausgegeben.

Die Einnahmen der Sozialkassen betragen 448 123 Mark und setzen sich zusammen aus:

Anteile an den Wochenbeiträgen	225 566	Mt.
Soziale Zuschüsse	171 943	"
Erwerbslosenmarkten	13 576	"
Zinsen	14 435	"
Sonstige Einnahmen	22 603	"

Neben den allgemeinen Ausgaben für Agitation, persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, Ortsausschüssen usw., die alle Jahre regelmäßig wiederkehren, wurden im vergangenen Geschäftsjahr die Ausgaben der Ortskassen durch die Krise sehr stark beeinträchtigt. Es wurden für erwerbslose Mitglieder ausgegeben:

Für Beitragsmarkten an erwerbslose Mitglieder	36 109	Mt.
Für Notfall- und sonstige Unterstützungen	51 155	Mt.

Trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse steht die Organisation noch innen und außen gefestigt da. Die finanzielle Lage der Hauptkasse wie der Sozialkassen hat sich, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, dauernd gebessert und eine aufsteigende Linie genommen.

Es betrug das Vermögen am Schluß des Jahres:

	Hauptkasse	Sozialkassen	Zusammen	Von Mitgliedern
1924	159 354	68 103	225 457	7,18
1925	185 642	125 981	311 623	9,77
1926	180 660	143 885	274 545	10,06
1927	544 363	225 894	770 257	26,01
1928	854 926	294 686	1 149 612	36,78
1929	1 124 600	326 614	1 451 214	46,20

Im Bestand des Jahres 1929 ist erstmalig der Fonds für die Invalidenunterstützung in Höhe von 35 032 Mt. enthalten.

Berücksichtigen wir alle Schwierigkeiten, die im Vorjahr zu überwinden waren, vor allem den Umstand, daß erhebliche Teile der Mitgliedschaft unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, und dadurch in der Aktionsfähigkeit gehemmt waren, so

zeigt uns das Gesamtbild der Bewegung im vergangenen Geschäftsjahr, daß die Mitgliedschaft dem Verband die unerschütterliche Treue gewahrt hat.

Wir alle hoffen auf baldige Befreiung des Wirtschaftslebens und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten. Aufrecht erhält uns auch in der Zeit der Krise der Glaube an die Kraft des Zusammenstresses, an die Organisation.

Haben wir unseren Verband ohne Einbuße an Mitgliedern und an finanzieller Kraft über das Jahr 1929 hinweggebracht, so müssen wir uns alles daran setzen, um ihm im Jahre 1930 neue Anhänger, neue Kämpfer zuzuführen. Höher noch, als der zahlenmäßige Zuwachs ist einzuführen die innere Festigkeit, die Kampfbereitschaft der Organisation. Durch Hausagitation, durch Versammlungen und unter den Kollegen und Kolleginnen auf der Arbeitsstätte, überall wo sie beisammen sind, gilt es zu werden für den Verband. Es muß ein Gegengewicht geschaffen werden gegen das Machtbemühen der Unternehmer, und dieses Gegengewicht kann nur eine starke Gewerkschaft sein.

Nur Vereinigung und Zusammenschluß gibt Kraft und nur Kraft bringt uns den Sieg.

Wechsel in der Reichsregierung.

Der Kampf um das Reichsfinanzprogramm ging zuletzt in immer schärferer Form um die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung. Die bürgerlichen Parteien erstrebten mehr oder weniger den Abbau der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, denn die Unternehmer wollten die Unterstützungssätze reduzieren, damit die Not die Arbeitnehmer zwingt, Lohnherabsetzungen widerstandslos hinzunehmen. Dieser Kampf hat nunmehr seinen Höhepunkt erreicht und zur Regierungskrise geführt. Die Sozialdemokratische Partei hat den Vorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung, der besonders von der Deutschen Volkspartei mit großer Zähigkeit geführt wird, abzuwehren versucht. In dieser Situation erklärte der Reichsfinanzminister Brüning, er könne die Regierungsvorlage nicht mehr vertreten und verursachte damit die Gesamtdemission des Kabinetts.

Die Regierung Hermann Müller hat eine Amtszeit von 21 Monaten hinter sich. In ihre Zeit fallen vor allem die Kämpfe um den Young-Plan und die Befreiung des Rheinlandes von fremden Besatzungen. Es ist zurzeit schwer zu sagen wie sich die nächste Zukunft gestalten wird. Die neue Reichsregierung stellt eine starke Rechtsorientierung dar. Was für die Arbeitnehmer dabei herauskommen kann, dürfte jedem Kollegen klar sein. Schon melden die Rechtsparteien ihre Forderungen an. Es ist kein Zufall, daß zu gleicher Zeit die Unternehmerpresse das Heil der Wirtschaft nur noch vom Abbau des Lohnes und der Verlängerung der Arbeitszeit erhofft. Hand in Hand mit dem Abbau der gesamten sozialen Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden sollen die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse verschlechtert werden.

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben diesen Bestrebungen der Unternehmer und deren Vertretungen im Reichstag den Kampf angefangt und sie werden diesen Kampf mit aller Energie führen.

Für die gesamte Arbeiterchaft geht es diesmal um die Existenz und um die Aufrechterhaltung aller Errungenschaften des letzten Jahres. Gleichviel, ob es der neuen Reichsregierung gelingt, eine Mehrheit im Reichstag zu bekommen, oder ob es zur Auflösung des Reichstages und anschließend daran zu Neuwahlen kommt, ist die Situation ernster wie je zuvor!

Darum Kollegen, seid wachsam und kampfbereit.

Zum Tarifkampf.

Die Kündigung unseres Mantel-Tarifvertrages durch die Unternehmer und die in den ersten Märzwochen durchgeführten Verhandlungen der Tarifkontrahenten lassen erkennen, daß die Lederwarenfabrikanten alles versuchen werden, um die seitberigen Arbeitsbedingungen der Lederwaren-Arbeiterchaft zu verschlechtern. Es wird an der Arbeiterchaft und ihrer Berufsorganisation liegen, diese Absicht der Lederwarenfabrikanten zu durchkreuzen.

Als Wichtigstes erscheint es uns, den Nachweis zu führen, daß die Industriellen bei diesem Tarifkampf alles auf eine Karte setzen, daß sie sowohl Tarifbedingen wie Löhne mit Wirkung vom 30. April ab nach unten zu verändern beabsichtigen. Bereits bei den Lohnverhandlungen des vorigen Jahres zeigte sich eine Verringerung der Taktik der Unternehmer. Während sie sich früher darauf beschränkten, für ihre Wünsche und die Lage der Industrie allgemeine Behauptungen aufzustellen, gingen sie bei den Lohnverhandlungen dazu über, ihren Forderungen auf Lohnabbau in Höhe von 20 Prozent den Schein der Berechtigung zu geben, durch Zusammentragung einer Fülle von Material über

1. den Stand der Industrie,
2. das Verhältnis unserer Arbeitsbedingungen zu den anderen Berufen.

Die Fülle des zusammengetragenen Materials konnte über dessen Dürftigkeit nicht hinwegtäuschen und bei näherem Betrachten schrumpften die gesamten Argumente der Industrie auf den einen Grund-
satz zusammen:

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer sichert den Wohlstand und Fortbestand der Lederwarenindustrie im Offenbacher Bezirk.

Daß dieser Grundsatz, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, unhaltbar ist, wird nicht nur von Vertretern der Arbeiterorganisationen nachgewiesen, sondern ist auch bereits von namhaften bürgerlichen Wirtschaftspolitikern anerkannt. Wie steht es nun überhaupt um die Offenbacher Lederwarenindustrie?

Es wird von Seiten der Fabrikation mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß die bestehende Erwerbslosigkeit, die Konkurrenz der letzten Monate ein bündiger Beweis für die Konkurrenzfähigkeit der Offenbacher Industrie im deutschen und im Weltmarkt sei. Fest steht jedoch, daß trotz Erwerbslosigkeit, trotz Konkurrenz namhafter Firmen die Produktion an Lederwaren gegenüber den Vorjahren nicht zurückgegangen ist, sondern sich, wenn nicht gesteigert, so doch behauptet hat. Die große Zahl der Erwerbslosen ist auf die beginnende langsame Einstufung geminnende Technisierung unserer Industrie zurückzuführen. Die Tatsache, daß im Offenbacher Bezirk zurzeit mindestens 25 Kantennähmaschinen für die Kofferbranche in Funktion sind, weist augenfällig auf die Erparnis von Arbeitskräften in dieser Branche hin und erklärt die hohe Erwerbslosenziffer der Sattler im Offenbacher Bezirk. Während die

Industrie nicht ungeachtet verlor, die Erwerbslosenzahlen als Maßstab für den Geschäftsgang zu unterliegen, wird tatsächlich in den Betrieben mit verringerter Belegschaftsziffer und unter Ausnutzung der modernen Maschinen produktionell das gleiche geleistet wie früher.

Bei der Herstellung seiner Lederwaren wird der tatsächliche Produktionsstand stark durch die Existenz der Heimindustrie verschleiert. Aber auch hier kann gesagt werden, der Stand der Erwerbslosigkeit ist kein endgültiger Maßstab für den Stand der Produktion. Die Abwanderung der Produktion auf das Land vermindert wohl den Beschäftigungsgrad in den Offenbacher Betrieben, gleicht aber im allgemeinen die Produktionszahlen an sich wieder aus.

Das Hauptargument der Unternehmer bei dem Tarifkampf ist gerade die Abwanderung der Industrie auf die Landorte. Für uns ist wichtig festzuhalten, daß diese Abwanderung nicht ausschließlich in die Heimindustrie geht, sondern in zahlreichen ländlichen Kleinbetrieben wieder aufsteht, also lediglich ein Wechsel der Produktionsstätten und der Besitzer an Produktionsmitteln darstellt. Der Charakter unserer Industrie an sich erleichtert diesen Abwanderungsprozess, der begünstigt wird durch die Heimarbeiterspolitik der Unternehmer. Nur zu oft finden wir, daß Heimarbeiter neben ihrer Produktion als Lohnarbeiter sich im selbständigen Produzieren versuchen und mit mehr oder weniger Glück und Geschicklichkeit den Wechsel vom Lohnarbeiter zum selbständigen Gewerbetreibenden vollziehen. Der auf den Landorten vorherrschende Kleingrundbesitz erleichtert gegenüber dem häßlichen Heimarbeiter und Arbeiter diesen Entwicklungsgang außerordentlich.

Der Versuch der Lederwarenfabrikanten, durch Herabdrückung der Lohn- und Existenzbedingungen der Betriebsarbeiterschaft diesen eben geschützten Entwicklungsgang aufzuhalten, um die Produktionsstätten für Offenbach zu monopolisieren, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Versuch am untauglichen Objekt. Denn die Möglichkeit bei der Herstellung der Ware und in der Kalkulation zu unterbieten, bleibt für die Landorte und ihre Betriebe selbst bei Durchführung der Unternehmerabsicht gewahrt und könnte sich in jedem neuen Geschäftsjahr wiederholen. Die Mängel der Unternehmervereinigung, die Unfähigkeit, die Produktionsstätten organisatorisch zusammenzufassen und den Verkauf nach kapitalistischen Grundsätzen in feste Formen zu bringen, diese Unfähigkeit verleiht nunmehr die Lederwarenvereinigung durch Druck auf die Arbeitnehmer auszugleichen.

Ein Wort noch zu den Konkurrenzen der letzten Monate. Gar zu gern und mit durchsichtiger Absicht werden die Konkurrenzen als Barometer für den Stand der Industrie herangezogen. Tatsache ist jedoch, daß in der Zeit, in der Altbetriebe Konkurs anmelden, eine ganze Anzahl von Betrieben, die früher in kleinerem Umfang produziert haben, sich zu Großbetrieben entwickeln. Wir können daher ohne Ueber-treibung und Verkennung der wahren Verhältnisse feststellen, daß es viel weniger allgemeinberufliche

Verhältnisse sind, die die Konkurs veranlassen, als einzelbetriebliche. Die großen Umgruppierungen im Bereich der Groß- und Hochfinanz, denen zahllose Mittel- und Kleinbanken zum Opfer fallen, sind nicht selten ebenfalls Ursache der Produktions-schwierigkeiten von Lederwarenfabrikanten. Ist uns doch aus einem der jüngsten Fälle bekannt, daß guter Auftragsbestand vorliegt, aber wegen Entzug des Kredits Zahlungseinstellung erfolgen mußte. Herabziehung der Löhne oder Nichtbezahlung der Forderungen hätten diesen Konkurs auch nicht aufgehalten. Das dürfte den Wortführern der Lederwarenindustrie wie uns selbst bekannt sein.

Die Absicht der Unternehmer bei der Vertrags-erneuerung läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Unter Ausnutzung der momentanen wirtschaftlichen und beruflichen Schwierigkeiten, unter geschickter Herausstellung der Erwerbslosenzahlen und der Konkurrenz, versucht die Lederwarenvereinigung die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lederwaren-arbeiterchaft auf den Stand der Vertragszeit zurückzubringen, um sich hierdurch für die Zukunft eine um so höhere Gewinnquote zu sichern. Nicht um die Existenz der Lederwarenindustrie geht es, geht ihr Kampf, sondern um den Grad der Existenz der Lederwarenfabrikanten. Die seitherigen Privat-entnahmen der Herren Betriebsinhaber aus den Kassen ihrer Betriebe sind ihnen nicht mehr hoch genug. Die Mühelosigkeit des Ertragens in der Inflationszeit und in den Jahren 1924 bis 1927 wollen sie sich in der Zeit verklärten Konkurrenz-kampfes durch Druck auf die Arbeitnehmer sichern. Daß es sich bei dem ausgetragenen Kampf um einen von langer Hand vorbereiteten Angriff handelt, geht aus einem Rundschreiben der Unternehmervereinigung an ihre Mitglieder vom 15. Oktober 1929 hervor. Der entscheidende Satz heißt hier:

„Zum 30. April 1930 kann auch der zurzeit geltende Manteltarifvertrag erismäßig gekündigt werden. Es steht somit im Frühjahr nächsten Jahres unsere Vereinigung vor der ersten Frage, ob die Entwicklung unter dem derzeitigen Mantel-tarifvertrag, insbesondere was die Löhne anbe-trifft, nicht zu außerordentlichen und zwingenden Entscheidungen veranlassen muß.“

Diese Sprache der Unternehmer im Oktober vorigen Jahres wird durch die eingetretenen Ereignisse in der Absicht und Zielsetzung klar. Die Lederwarenarbeiterschaft darf sich keinen Illusionen über den Ernst der Situation hingeben. Nur äußerste Geschlossenheit und Entschlossenheit zu allen Konsequenzen in dem angetragenen Kampf kann den Vorstoß der Unternehmer zum Scheitern machen. Während die fast gleichlautenden Tarifverträge in Sachsen, Berliner Bezirk, Hamburg und Thüringen ungekündigt blieben, verlor man im Offenbacher Bezirk Brechen zu schlagen.

Die Bedeutung des Offenbacher Bezirks in der Lederwarenproduktion für ganz Deutschland muß der Berufsorganisation und der Arbeiterchaft weitgehend sein. S. Gaim, Offenbach a. M.

Schuh und StraÙe.

Von Dr. Josef Berg.

Dem unbeschuhten FuÙe des modernen Groß-süßlers könnte man kaum noch zumuten, auf völlig ebenen Gehbahnen zu schreiten. Viel zu rasch würde er durch Schmerzempfindung ermüden. Die Probe ist leicht zu machen, wenn man sich einmal auf dem glatten Steinboden einer Badeanstalt barfuß bewegt. Welche Lust dagegen im Sande der Meeresküste oder auf weichem Wiesentopfe, gleichsam paradisischem Boden, sich zu tummeln. Der nackte Fuß federt unbeschwert, auch wenn er schon ein Knick- und Senkfuß ist. Ebenso leichtfüÙig ist der Großstädter, wenn er mit richtiger Beschuhung auf unruhigstem, ideal unebenem Boden der Natur wandert, vorausgesetzt, daß er dicke Sohlen unter seinen Schuhen hat, die ihn nicht jedes Steinchen durchfühlen lassen. Wandert sich doch jeder Groß-städter, der in seinem Babel nicht laufen kann, wie leicht und behende er in der Sommerfrische wird. Jede Asphaltmüdigkeit ist rasch vergessen. Jeder kann auf laufen, der sonst jeden Schritt mit Kump und Straßenbahn einzuparieren sucht.

Neues Schuhwerk muß erst einige Tage „eingelassen“ werden, das Oberleder sich erst anpassen und sich an den beweglichen Stellen fällen, damit man geschmeidig ausstreiten kann. Auch der Absatz muß sich dem Gang erst anpassen, ein wenig schief und rund getreten werden. Das weiß jeder, der über empfindliche FüÙe zu klagen hat. Man verstehe mich nicht falsch; ich rede nicht dem schiefen Absatz das Wort, sondern will nur eine Erfahrung an-führen, die nahezu sprichwörtlich geworden ist.

Macht man vergleichende Studien über Fußleiden bei zivilisierten Völkern, so wird man feststellen, daß Knick- und SenkfüÙe bei den Völkern des Urwaldes und der Steppe nur sehr selten vorkommen. In der WüÙnis lebende VöÙker kennen keine hemmende

Fußbekleidung und keine Straßen in unserem Sinne. Der Fuß hat volle Freiheit, ist nicht in seiner Bewegung gebunden. Dauernd befindet er sich im Training, in rollender, allseitiger Bewegung.

Ganz anders ist es um den Fuß des modernen Großstädlers bestellt. Er hat seine Freiheit verloren, entartet durch die schüßende, stüßende Bekleidung und durch die ebene Gehbahn. Mit der Asphaltstraße tritt ein neues Moment in dem Wechselspiel zwischen Fuß und Straße, die bis dahin noch immer etwas halbrig war, in die Erscheinung; näm-lich die spiegelglatte, ideal ebene Gehfläche. Damit ist der Augenblick gekommen, der gerade Abfall auf der geraden Gehfläche hat zwar einen festen, sichern Stand, aber die wichtige rollende Bewegung ist ausgefallen. Der Fuß erstarrt gleichsam in einer Ebene. Gelenke, Muskeln und Sehnen werden einseitig überlastet oder einseitig lahmgelagt. Eine solche unhygienische Beanspruchung führt unaufhaltsam zum Knick- und Plattfuß. Nur da, wo die Straße noch nicht so eben und der Absatz noch nicht so gerade geformt ist, ist diese katastrophale Ent-wicklung zum Knick- und Plattfuß noch nicht in dem Maße eingetreten.

Um solchen Schaden auszugleichen, legt man dem entarteten Fuß Stützen und Brücken unter, wie man ein altes, auf Abbruch reifes Haus stützt oder man panzert den Fuß mit hohen, geschlenten Stiefeln besonderer Marke. Eine ganze Industrie ist entstanden, die dem geschwächten Kulturfuß zu Hilfe kommen will, die aber in Wirklichkeit den Schaden noch größer macht, weil sie den Fuß erst recht zur Untüchtigkeit und damit zur Entartung ver-dammt. Wenn noch etwas zu retten ist, gebe man dem Fuß wieder die Bewegung, die ihm zukommt, die rollende, immer wechselnde. Die Tätigkeit ist es, die den Fuß formt und nicht die Einlage. Man vermeide in seinen Freistunden die Asphaltstraße und

die wohlgeebneten Wege der Parkanlagen. Man wandere lieber hinaus in Wald und Feld und trage statt der einwändigen Stiefel Halbhuhe. Welt kann sich der Großstädter Gymnastik und Massage des Fußes nur im stillen Kämmerlein schaffen oder in besonders dazu eingerichteten Instituten. Auf alle Fälle vermeide man Überanstrengung, denn auch sie ist ein Feind des Fußes. Gymnastik ist die Gegenwehr gegen Knick- und Senkfuß, und nicht die Einlage.

Es fragt sich nun, ob wir nicht noch andere Mög-lichkeiten haben, den Knick- und Senkfuß zu ver-hüten, da es nicht in unserer Macht liegt, die ebene Gehbahn, das Asphaltpflaster, zu beseitigen, das in vieler Beziehung einen Gipfelpunkt in der Hygiene der Großstadt darstellt. Ja, es bleibt uns unbenommen, dem Gegenpol der Gehbahn, den Absatz nach unserem Gutdünken umzugestalten. Es zwingt uns keiner, die absurde Mode der geraden Abzüge mitzumachen. Wir brauchen nur dem Wink der Natur zu folgen und die Absatzfläche gleich der Geh-fläche des Ferkelbeines zu formen. Man schau sich nur einmal die Ferle eines unerbildeten Fußes an und beobachte, wie die Ferle einen sanften Hügel bildet, der etwas innen seitlich gestellt ist. Wenn es richtig ist, daß der Absatz ein künstliches Ferkelbein ist, so gebe man ihm auch die ihm zukommende Form. Die Gummiabstufindustrie sollte hier helfend eingreifen. Es wird ihr leicht sein, die Gummi-sohle mit einem leicht exzentrisch gestellten Hügel zu versehen, so daß der Absatz die Funktion des Ferkel-beines voll übernehmen kann. Der Hügel braucht nur 4 Millimeter hoch zu sein und nur 5 bis 6 Milli-meter nach innen seitlich verschoben zu werden. Diese Veränderung ist kaum sichtbar, aber bedeutend in ihren Folgen; denn wir geben damit dem Fuß selbst auf dem ebenen Asphaltpflaster wieder freies Spiel in seinen Gelenken, Muskeln und Sehnen und machen ihn noch besser Möglichkeit leistungsfähig.

Theaternot.

Im Theaterwesen wurde die Notwendigkeit der Planwirtschaft schon vor dem Kriege erkannt. Die Sitten gingen dazu über, zugunsten einer öffentlichen Kunstpflege die bestehenden Privattheater in gemeinnützige oder zumindest in Subventionstheater umzugestalten.

Es muß verhindert werden, daß, als eine Folge der Finanznot der Gemeinden, die Gefahr aufsteigt, die Theater in irgendeiner Form wieder in die Privatwirtschaft überzuführen. Weite Kreise des deutschen Volkes verfolgen deshalb mit schwerer Besorgnis die sich mehr und mehr verschärfende Theaterkrise. Es ist trügerisch anzunehmen, daß durch den teilweisen Wegfall der Zuschüsse, die von Seiten der Kommunen in der vergangenen Zeit geleistet wurden, allein die jetzige Theaterkatastrophe entstanden ist. Die tiefere Ursache der Theaternot liegt zum Teil in einer Ueberlastung und einseitigen Betätigung des Theaterbetriebes und einer Verengung der Theaterbasis. In dieser Verbindung muß auch auf die Wichtigkeit der Auswahl der Bühnenleiterfrage hingewiesen werden. Die Theaterfrage ist nicht nur eine Angelegenheit der Beschäftigung von Bühnengestellten, denen Arbeitslosigkeit droht, sondern eine Frage der Gestaltung der öffentlichen Finanzen und darüber hinaus aller an der Kunst interessierten Kreise.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen sehen sich deshalb veranlaßt, auf die gefährvolle Entwicklung der heutigen Theaterlage hinzuweisen. Höchste Zeit ist es, in Theaterfragen neue Wege zu beschreiten und aus den jetzigen Zuschußtheatern Volkstheater zu gestalten, die auf breiterer Basis fundiert werden müssen. Wesentlich sind die Bedingungen, allein durch Stilllegung der Oper die Theaterbetriebe zu verbilligen. Die Oper, die einen wichtigen Bestandteil des Theaters darstellt, muß erhalten und in Einklang zu den übrigen Kunstgattungen des Theaters gebracht werden. Durch Ausgestaltung des Konzertwesens und vollständige Musikdarbietungen dürften finanzielle Entlastungen des Opernetzes zu erreichen sein. Ferner wenden sich die Arbeitnehmer dagegen, daß Steuergebende für Aufwände verschleudert werden, die die Rentabilität des Theaters untergraben und geeignet sind, den Aufstieg junger Künstler zu erschweren. Weiter dürften sich durch einen Verzicht auf Großausstattungen und Vereinfachung des Verwaltungsapparates erhebliche Ersparnisse erzielen lassen. Dem Theater ist besser gedient mit kleinen Preisen und vollem Haus, als mit hohen Preisen und zum Teil leeren Häusern. Wir wollen, daß es auch dem Arbeiter, Angestellten und Beamten möglich ist, am Kunstleben der Zeit Anteil zu nehmen.

Das deutsche Volk und insbesondere die Arbeitnehmer haben das größte Interesse daran, daß die Theater bei Berücksichtigung ihrer kulturellen Aufgaben trotz aller Einschränkungen, die gemacht werden, doch leistungsfähig bleiben. Es müssen deshalb alle Einschränkungen, Abbaubehelfe und Zusammenlegungen gewissenhaft geprüft werden.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften richten daher an alle beteiligten Kreise den Mahnruf, ernstlich an der Reform der deutschen Theater mitzuwirken, um Wege zu finden, das Theater zu erhalten und für die breiten Massen verständlich und zugänglich zu machen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).
Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund).
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB).

Einflaß des Geburtenausfalls den Kapitalmarkt?

Das Jahrzehnt 1925—1935 gerfällt bevölkerungspolitisch für deutsche Verhältnisse gerechnet, in zwei grundlegend unterschiedliche Abschnitte, nämlich die Jahre 1925 bis 1929 und die Jahre 1930 bis 1935. Während in den ersten fünf Jahren die erwerbsfähige Bevölkerung jährlich um 500 000 Menschen zunahm, erfuhr in den Jahren 1930 bis 1935 die erwerbsfähige Bevölkerung infolge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre nur noch einen jährlichen Zuwachs von 26 000 Menschen, das heißt, kaum ein Zwanzigstel des bisherigen Zuwachses. Von 1935 ab dürfte sich allerdings die Zahl der jährlich neu ins Erwerbsleben Eintretenden wieder erheblich vermehren. Die bisherige starke Vermehrung der erwerbsfähigen Bevölkerung brachte vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft große Schwierigkeiten. Selbst wenn man, wie es Dr. Säger in einem Aufsatz im „Deutschen Volkswirt“ (Die wirtschaftliche Bedeutung des rückläufigen Bevölkerungsüberschusses) tut, im Gegensatz zu bisherigen Berechnungen den für jeden Erwerbstätigen notwendigen Kapitalbedarf nur mit 14 000 M. annimmt, so bedeutete das, daß wir bisher jährlich allein etwa 7 Milliarden Mark investieren mußten, unabhängig von dem großen,

durch die Rationalisierung notwendig werdenden Kapitalbedarf. Unter diesen Umständen darf angenommen werden, daß die Gleichrichtung, die mit diesem Jahr dadurch eintreten wird, daß nur für 26 000 Menschen mit einem Kapitalaufwand von 354 Millionen (statt 7 Milliarden) neue Arbeitsplätze zu beschaffen sind, auf dem Arbeitsmarkt deutlich fühlbar sein wird.

Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen.

Eine Aufklärungsschrift der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Kämpfe um die Neuorganisation der Reparationen, um Finanz- und Verwaltungsreform, um Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben in Verbindung mit dem Rückgang der Konjunktur dazu geführt, daß die Probleme der Wirtschaft wiederum in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die Arbeitnehmererschaft von der Fülle der stets neu auftauchenden Einzelfragen überwuchert wurden. Es war daher notwendig, einmal diejenigen Punkte herauszustellen, auf die es im Kampf um den Lebenspielraum der Arbeitnehmererschaft und um die sozialen Errungenschaften der Republik besonders ankommt.

Aus diesem Grunde hat der ADGB, in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund für seine Funktionäre und darüber hinaus für alle wirtschaftlich interessierten Gewerkschaftsmitglieder eine kleine Aufklärungsschrift*) zusammengestellt, in der die zurzeit wichtigsten Grundfragen der Wirtschaftspolitik eingehender dargelegt werden, als es gewöhnlich innerhalb des beschränkten Raumes von Zeitungsartikeln möglich ist. Die Annahme des Young-Planes bot dafür den äußeren Anlaß, denn dieser „Neue Plan“ leitet für Deutschland einen neuen Wirtschaftskreislauf ein; er legt daher einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft nahe, und dies um so mehr, als gerade in diesen Zeitpunkt eine zöhe Stodung der wirtschaftlichen Tätigkeit fällt.

Somit verbindet die Schrift durchgehend eine Untersuchung der Entwicklung des letzten Jahres mit einer ungeschminkten Darstellung der augenblicklichen Konjunkturlage. An Hand vielfältigen Zahlenmaterials über den Arbeitsmarkt, über Produktion und Umsatz, Außenhandel, Entwicklung der Löhne und Preise, Kreditfähigkeit und Rentabilität der Unternehmungen werden die hervorzuhebnen Fortschritte der deutschen Wirtschaft in den verfloffenen Jahren sichtbar gemacht und gleichzeitig die schweren Störungsercheinungen dargelegt, die aus der fortschreitenden Depression des letzten Jahres folgten und vor allen Dingen zu einer Krise am Arbeitsmarkt führten.

Da jene Störung entscheidend von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung beeinflusst worden ist, wird diese Seite des Problems, die in enger Verbindung steht mit den deutschen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande, in dem Buchlein einer besonders eingehenden Untersuchung unterzogen. Aus der Erkenntnis, daß Kapitalbildung innerhalb jeder Wirtschaftspolitik notwendig ist, ergibt sich ohne weiteres, daß die Gewerkschaften die Bildung neuen Kapitals unter allen Umständen fördern müssen. Nun ist die Kapitalmenge, die die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft schaffen konnte, im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich und in überraschendem Umfange gewachsen. Trotzdem reichte sie für den Bedarf nicht aus. Die Ursachen hierfür sind: die Reparations- und Zinsverpflichtungen ans Ausland; der wachsende Umfang der Erzeugung; die gewaltige Güte, die Krieg und Inflation in die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Straßen, Verkehrsmitteln usw. gerissen haben; schließlich die notwendig gewordene Produktionsumstellung und die Rationalisierung. Hierzu tritt — was von den Unternehmern gern übersehen wird — die beträchtliche Fehlleistung und damit der Verlust von Kapital. Der Zustrom von Auslandsbrediten, der in den ersten Jahren nach der Währungsstabilisierung recht beträchtlich war, hielt leider nicht in menschenswerter Maße an, teils weil der ausländische Kapitalmarkt in ungünstiger Verfassung war als in den Vorjahren, teils wegen gefühlsmäßiger Ursachen (Reparationsverhandlungen, Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Währung), teils durch die Abbrosetzungspolitik des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegenüber der öffentlichen Hand. Die Schrift erläutert die Bedeutung der Auslandsanleihen für die deutsche Wirtschaft und kommt zum Schluß: „Durch die Kapitaleinfuhr wird im allgemeinen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert. Im übrigen aber steht heute Deutschland nicht vor der Wahl: verstärkte Kapitalbildung oder Kapitaleinfuhr. Wirtschaftspolitik vernünftig ist heute einzig und allein die Lösung: verstärkte Kapitalbildung durch verstärkte Kapitaleinfuhr.“

Die Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber hatte ihren Grund auch in der schwierigen Lage der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, wie ja überhaupt die augenblickliche Wirtschaftslage teilweise auf die Finanzklemme der öffentlichen Körperschaften zurückzuführen ist. Deshalb steht die Frage der Finanzsanierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterungen. Demzufolge widmet die Schrift dem Finanzwesen und der Finanzpolitik ein besonderes Kapitel. Mit einer Klarheit und Kürze, wie man sie auf diesem unübersichtlichen Gebiete selten trifft, wird der Aufbau des deutschen Finanzsystems nach seiner Einnahmenseite und Ausgabenseite umrissen, die Verschuldung dargestellt, die durch die Politik des Reichsbankpräsidenten in Verbindung mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage zu der augenblicklichen Finanznot führte und die Wandlung in der sozialen Bedeutung der öffentlichen Haushalte seit dem Kriege hervorgehoben. Die Gestaltung des staatlichen Finanzbedarfs zeigt, wie anders der Staat im republikanischen Deutschland im Vergleich mit dem Staat der Kaiserzeit geworden ist, und wie lebenswichtig es für die wertvolle Bevölkerung ist, daß dieser Staat geordnete und gegen alle Stürme gesicherte Finanzen hat. Jede Erschütterung der Finanzlage bedeutet daher vor allem eine ernsthafte Bedrohung der sozialen Ausgaben.

Ueber diese Bedrohung der sozialen Ausgaben berichtet ein weiteres Kapitel, das sich nicht nur mit der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge beschäftigt und die Gefahren des von bürgerlicher Seite empfohlenen „Solidarischen Ausgleichs“ zwischen den Trägern der Sozialversicherung aufzeigt, sondern darüber hinaus eingehend die finanziellen Grundlagen der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der Unfall- und Knappschaftsversicherung sowie der Krankenversicherung untersucht. Es wird die amtliche Feststellung anerkannt, daß die jetzigen Rücklagen der Sozialversicherung, gemessen an der Höhe der Leistungen, die zur notwendigen Sicherheit erforderliche Höhe durchaus nicht überschritten haben. Es wird ferner an Hand der Erhebungen des Bauergewerksbundes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes nachgewiesen, daß die jetzigen weitgehenden Beschränkungen der Streikunterstützung nicht aufrecht erhalten werden können.

Im Schlußkapitel werden aus diesen Darlegungen die Folgerungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im gegenwärtigen Augenblick gezogen. Die Gewerkschaften halten die Forderung einer planmäßigen Konjunkturpolitik nach wie vor aufrecht. Sie sehen in einer produktiven Arbeitsbeschaffung eine wichtige Voraussetzung für die Vinderung der Gläubigerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Aber diese Betonung der konjunkturpolitischen Forderungen kann nicht daran hindern, klar zu erkennen, daß im Augenblick die Voraussetzungen für ihre Erfüllung besonders ungünstig sind. Man darf sich keiner Illusion darüber hingeben, daß gegenwärtig Reich, Länder und Gemeinden infolge ihrer Klassenverhältnisse nicht in der Lage sind, ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Deshalb ist es die dringlichste Aufgabe, die Finanznot der öffentlichen Körperschaften durch eine Sparpolitik in vernünftigen Grenzen sowie durch ungehinderte Zufassung zu den ausländischen Kapitalmärkten alsbald zu beheben. Damit wird gleichzeitig der Ansturm der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft, der leider schon einige Opfer gefordert hat, erfolgreich abgewehrt. Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Markenkraft, Bekämpfung des Machtmißbrauchs monopolistischer Unternehmerorganisationen, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen, Förderung der Ausfuhr durch Handelsverträge und schließlich eine Finanzreform unter möglicher Schonung des Massenbedarfs und mit sorgfältiger Kontrolle aller Ausgaben bei voller Befriedigung der sozialen Bedürfnisse sind weitere Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Schrift ist — wie schon eingangs betont — weder eine Denkschrift noch eine Agitationsbrochüre. Sie ist eine tiefgründige Aufklärungsschrift für unsere Mitglieder, insbesondere für die Funktionäre unserer Bewegung, ähnlich wie die gleichfalls von den drei Spitzenorganisationen vor fünf Jahren herausgegebene Schrift zur Steuerreform. Sie wird nicht nur in der praktischen Werbe- und Aufklärungstätigkeit nützliche Dienste tun, sondern auch für die zahlreicheren Schulungsturse der Gewerkschaften und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Anregung vermitteln.

Willi Brandt.

*) Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen; Die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930. 68 Seiten. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14.

Berichte aus den Verwaltungen

25 Jahre Jahrestelle Danzig.

Am 15. März feierte die Jahrestelle Danzig ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit Ehrungen der Kollegen, die dem Verbande 25 Jahre angehören, sowie Bannerweihe.

Eingeleitet wurde das Fest durch ein Konzert der Mehlmann-Kapelle; hierauf ergriff der Vorsitzende, Kollege Doering, das Wort zur Begrüßungsansprache und wünschte, daß der Einbruch des heutigen Abends ein guter und nachhaltiger sein möge.

Nach dem Einzug der Fahndellegationen ergriff Kollege Pfleiner zur Festansprache und Weiherede das Wort. In kurzen Worten schilderte der Redner die Gründung und den Werdegang der Jahrestelle Danzig. Ausgehend von den mehrmaligen Gründungsversuchen in den Jahren 1897, 1903, bis im Jahre 1905 unter der Leitung des Kollegen Wels sich die Tapezierer zusammenschlossen hatten.

Der nun folgende Tanz hielt sämtliche Erschienenen bis zum frühen Morgen besammeln. Zum Schluß sei allen denen gedacht, die helfen, das Fest zu dem zu machen, was es war, zu einer bleibenden Erinnerung.

Volkshochschulnachrichten.

Ächter Frauenturnus in Tinz.

Die Heimvolkshochschule Tinz in Wera ladet zur Teilnahme an ihrem achten Frauenturnus ein. Die Teilnehmer, die in den Frauenturnen im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftskunde, Geschichte, Hygiene, Erziehungsfragen, Frauenfragen, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung einbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringerinnen 150 M., für die übrigen Reichsdeutschen 180 M., für Ausländerinnen 200 M.

Der Kursus beginnt am 1. August 1930 und dauert bis 20. Dezember 1930. Die Bewerbungen sind spätestens bis 1. Mai 1930 einzureichen.

Erholungsheime der Arbeiterklasse!

Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. (Adese) mit dem Sitz in Jena, und die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4, haben jetzt ihren Prospekt für die diesjährige Saison herausgebracht.

Jeht gute Leistung. Er läßt vermuten, daß seine Sachbearbeiter mit viel Liebe an diesem Werke tätig waren.

Die beiden Organisationen besitzen zurzeit sieben Ferien- und sechs Wanderheime; sieben inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, zwei in idyllischer Heidegegend, eins im märkischen Seengebiet, eins in den Wäldern des Bggländischen und eins im Ostergebirge, eins im Leinawald bei Altenburg (Thüringen).

Die Heime, die nur durch tatkräftige Unterstützung der deutschen freien Arbeiterbewegung geschaffen werden konnten, sollen Stätten sein, in denen sich gleichgesinnte Menschen finden, um losgelöst vom körper- und nervenverbrauchenden Daseinskampfe kürzere oder längere Zeit auszuspannen in gesunder, reiner Luft und in landschaftlich reizvollen Gegenden.

Die Preise sind auch für den weniger Bemittelten als erscheinlich zu bezeichnen. Die Heime werden gemeinnützig betrieben.

Prospekte stehen auf Anfordern gern zur Verfügung. Anfragen wolle man Rückporto beilegen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Invalidenunterstützung im Textilarbeiter-Verband. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes stellt im Fachorgan „Der Textil-Arbeiter“ einen Entwurf zur Einführung der Invalidenunterstützung zur öffentlichen Diskussion.

Ersteuliche Entwicklung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Die Mitgliederzahl des schwedischen Gewerkschaftsbundes stieg von 469 409 am Ende des Jahres 1928 auf 508 107 am 31. Dezember 1929.

Rundschau

Eine Statistik des Elends. Das Statistische Reichsamt veröffentlichte eine ziemlich genaue Aufstellung über die Zahl der Gebrechlichen im ganzen deutschen Reich, mit Ausnahme Württembergs und des Saargebietes, wurden insgesamt 677 808 Gebrechliche gezählt.

Table with 4 columns: blind, laubstumm u. erblaubt, körperlich-gebrechlich, geistig-gebrechlich. Rows show male, female, and total counts.

Diese traurige Liste hat, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp. feststellt, durch die Folgen des Krieges eine erhebliche Mieberhöhung erfahren. Mitgezählt sind nämlich: 2411 Kriegsblinde, 833 Kriegsaubstumme und -erblaubte, 182 939 kriegsbeschädigte körperlich Gebrechliche und 6303 kriegsbeschädigte geistig Gebrechliche.

Bemberg-Kunfleiße. In einem Rechtsstreit hat das Reichsgericht (Zweiter Zivilsenat) die Firma Bemberg verurteilt, es zu unterlassen, ihre Fabrikate als Seide und nicht als Kunfleiße zu bezeichnen. In der Begründung des Urteils heißt es: Es ist nicht richtig, daß Bemberg-Seide in dem Sinne allgemein verstanden wird, daß auch Kunfleiße darunter falle.

Nach englischen Urteil ist Rationalisierung Hauptursache der deutschen Arbeitslosigkeit. Beachtenswerte Ausführungen finden sich in der Zeitschrift Manchester Guardian Commercial über die Ursachen der gegenwärtigen gewaltigen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Keine Woche vergeht — schreibt die englische englische Zeitschrift — ohne daß in Deutschland auf dem einen oder anderen Gebiet weittragende Rationalisierungsmaßnahmen nicht stattfinden würden.

Auswirkungen der Rationalisierung. Der in New York erscheinende „Labor Age“ entnimmt amerikanischen Statistiken, daß heute infolge vervollkommneter Technik ein Arbeiter 32 000 Rasterlingen in der Zeit herstellt, wie 500 Arbeiter im Jahre 1912. Im Jahre 1927 waren an die Stelle von 100 Industriearbeitern von 1919 89 Arbeiter getreten, die jedoch um 28 Proz. mehr produzierten als 1919.

Bücherschau

Die 25jährige Arbeiter-Zeitung. Partei und Internationalismus rufen sich zur schlichten Begrüßung der 25. Jahrestage der Arbeiter-Zeitung. Dem Mit-Jubiläum gewidmet ist eine Festschrift des Verlages J. S. W. Die (Arbeiter-Zeitung) Berlin, die in Auslieferung des bescheidenen Anlasses mit besonderer Sorgfalt und Liebe hergestellt worden ist. Die noch lebenden Zeitschreiber am historischen Anknüpfungspunkt von 1889, die Genossen Eduard Bernstein, Wilhelm Hoff, Karl Frohne, Adolf Grotz, Friedrich Geyer, Theodor Glöde, Adolf Hoffmann, Aris Kubner und Wilhelm Werner unterbreiten ihre Erinnerungen an den bedeutendsten Zeitschriftenschriftsteller der Arbeiter aus der Zeit vor 1918, welche kulturelle Bedeutung der Arbeiterzeitung im Hinblick auf die Arbeiterbewegung in zunehmenden Ausmaß haben. Die Wiederergabe des ersten in deutscher Sprache geschriebenen Arbeiterzeitschrifts und eine erstmalige Veröffentlichung bisher unbekannter Materialien über die Auslegung der mittelalterlichen Regierung anlässlich des ersten Arbeiterkongresses veranlassen den literarischen Teil. Am 1. April 1930 stellt die Arbeiter-Zeitung das 25-jährige Jubiläum ein. Die Festschrift, die sich dem 25-jährigen Jubiläum der Arbeiter-Zeitung widmet, ist eine sozialistische Gedichtsammlung mit dem Titel „Die Arbeiter-Zeitung“ von E. H. W. Die Festschrift enthält 30 Gedichte, die in großer Form gehalten sind und in fast jedem Kapitel der Festschrift zu finden sind. Das Werk ist 25 Pf. abzugeben, es kann man noch sagen, daß hier vom Zentral-Verlag der Partei (Kunfleiße, reaktionell und technisch in waschbare Stoffe) eine Festschrift herausgegeben werden ist. Die Auflage von etwa 10 000 Exemplaren in 12 000 Exemplaren übertrug alle früheren Festschriften aus einem. Aber die Partei hat den Festschrift die Höhe einer Million Mitglieder erreicht. Wenn unsere Organisationen am 1. April es erreichen, daß jedes Parteimitglied im Besitz der Arbeiter-Zeitung ist — es wäre die schönste Schenkung des Arbeiter-Zeitungstages!

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde herausgegeben von E. H. W. Die Zeitschrift ist ein Organ der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 M., für Organisationsmitglieder 2,25 M. Das dritte Heft (März 1930) des laufenden Jahres des „Arbeit“ enthält wieder wertvolle und hochaktuelle Aufsätze. Einzelne sind das Wort von einem Aufsatz von Professor Dr. Kollert Witten, „Die Finanzierungsfrage einer dauerhaften Wirtschaftserweiterung“. Dann folgen die Aufsätze von Friedrich W. „Vor dem zweiten Jubiläum der deutschen Rationalisierung“. Die Herausgeber der deutschen Rationalisierung von Kurt Leinigt, Dr. Leinigt, „Auf dem großartigen Boden von E. H. W. Die sozialpolitische Schulung der künftigen Arbeiter“ von Dr. med. Franz Karl Meyer-Erdron. Die wirtschaftspolitische Chronik von Dr. Hans Arons befaßt sich mit der zweiten Haarer Konferenz, dem „neuen Reichsbahnverkehr“ und dem „neuen Reichsbahnverkehr“. In der sozialpolitischen Chronik findet man einen Aufsatz von Franz Spiehl, „Der neue Kampf um die Arbeitslosenversicherung“. Auch die Schriftensicht in diesem Heft ist beachtenswert.

Nachgeber für die Arbeitslosenversicherung von Dr. jur. med. H. Leinigt. (Heft 8 von Wobelsch-Schiffelbüchern.) 48 Seiten. 8. Berlin Friedrich H. Wobelsch, Leipzig E. 1, Ringstraße 20B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partieverbestellungen vom 10. Stück an Ermäßigungen.

„Wirtschaftskunde, Kapitalismus, Klassen“. Die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930. — Für die Frankfurter herausgegeben von Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Arbeiterbünden, Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, 68 Seiten, Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a. Ladenpreis 1 M., Organisationspreis 75 Pf.

Unter den 50 bestausgestatteten Büchern des Jahres 1929, die von der Stadt der Deutschen Buchausstattung zum Tag des Buches 1930 unter 60 000 Büchern ausgewählt wurden, befinden sich vier Bücher, die in sozialistischen Unternehmen verlegt und gedruckt wurden: „Die rote Stube im vollen Sand“ im Verlag Buchausst. u. Co., Wuppertal, „Im Errom der Zeit“ im Buchverlag-Verlag S. m. b. H. Berlin, „Die Erde im Plünder“ und „Abenteuer im Plünder“ (Herausgeber von Fritz Winkler) im Verlag der Buchverlag Gutsenberg, Berlin. Die höchste Anforde der deutschen Buchausstattung wurde also auch die Leistungsfähigkeit der von der sozialistischen Arbeiterklasse getragenen Verlage anerkannt.

Verbandsnachrichten

(Besandnachrichten des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 31. März bis 6. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Betrifft Verleumdungen über Arbeitslosigkeit Ende März 1930.

Die Verwaltungen, welche die Monatsberichte betreffend Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Februar noch nicht eingeleistet haben, werden dringend erucht, das bisher Versäumte bis spätestens zum 8. April nachzuholen.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband können zurückblicken Danzig: Serian, Conrad, Tapezierer. Schulz, Hermann, Tapezierer. Lück, Paul, Tapezierer. Wm: Eichenhardt, Gustav, Sattler.